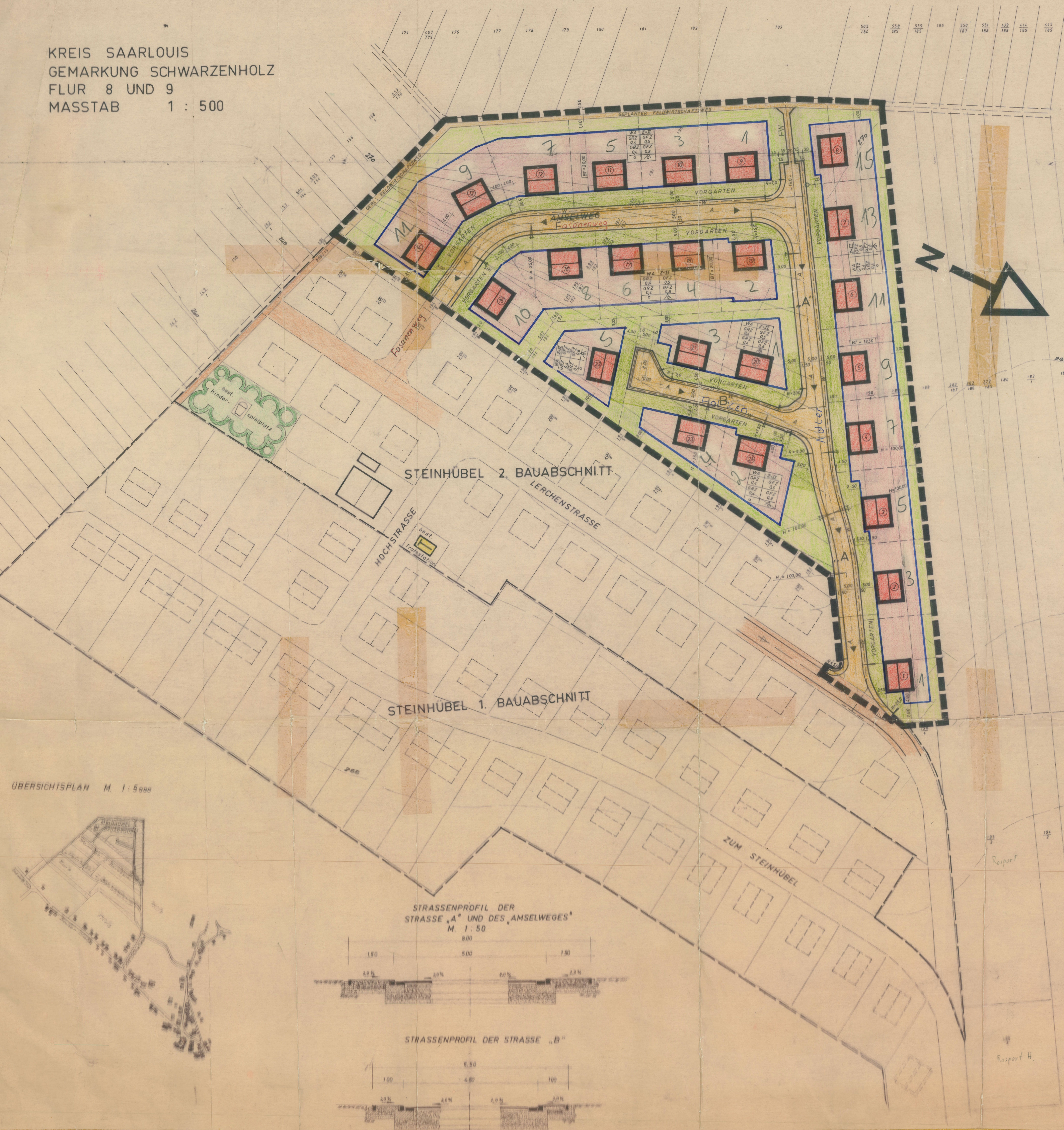


KREIS SAARLOUIS
GEMARKUNG SCHWARZENHOLZ
FLUR 8 UND 9
MASSTAB 1 : 500



Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BauG) vom 21. Juni 1960 (BGBl. I S. 1111) ist durch den Gemeinderat der Gemeinde Schwarzenholz am 14. 9. 1973 beschlossen worden. Die Aufstellung erfolgte auf Antrag der Gemeinde Schwarzenholz durch den Landrat - Kreisbaumeister - Planer.

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes	
1. Geltungsbereich	Flächen des Bebauungsplans
2. Art der baulichen Nutzung	allgemeines Wohngebiet
2.1 Baugebiet	siehe § 4 (2) BauNVO
2.1.1 zulässige Anlagen	keine
2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	keine
3. Maß der baulichen Nutzung	siehe Zeichnung
3.1 Zahl der Vollgeschosse	siehe Zeichnung
3.2 Grundflächenzahl	siehe Zeichnung
3.3 Geschossflächenzahl	siehe Zeichnung
3.4 Baumaßzahl	500 qm
3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen	entfällt
4. Bauweise	offene Bauweise, Einzelhäuser
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	siehe Zeichnung
6. Stellung der baulichen Anlagen	siehe Zeichnung
7. Mindestgröße der Baugrundstücke	500 qm
8. Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von OK Straßenkante Mitte Haus bis OK Erdgeschoßfußboden)	nach besonderer Einweisung
9. Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche wie vorgesehen
10. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	entfällt
11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf	entfällt
12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen	entfällt
13. Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatrechtlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist	siehe Zeichnung
14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	nach besonderem Plan
15. Verkehrsflächen	siehe Zeichnung
16. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsflächen	entfällt
17. Versorgungsflächen	siehe Zeichnung
18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen	entfällt
19. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwässern und festen Abfallstoffen	entfällt
20. Grundflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zeit- und Begegnungsflächen, Friedhöfe	siehe Zeichnung
21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen	entfällt
22. Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft	entfällt
23. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsanlagen zu Gunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	entfällt
24. Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen	entfällt
25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind	entfällt
26. Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder beträchtlich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung	entfällt
27. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	entfällt
28. Bindungen für Bepflanzungen und die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern	entfällt

Aufnahme von Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BauG in Verbindung mit § 2 der zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 2. Mai 1961 (ABl. S. 293).

Aufnahme von Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 BauG in Verbindung mit § 2 der zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 2. Mai 1961 (ABl. S. 293).

Kenntlichmachung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BauG	
1. Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind	entfällt
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind	entfällt
3. Flächen, unter denen der Bergbau umgeht	entfällt
4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind	entfällt

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BauG	
1.	entfällt
2.	entfällt
3.	entfällt

Planzeichen - Erläuterung	
Geltungsbereich	Flächen des Bebauungsplans
best. Gebäude	Flächen des Bebauungsplans
gepl. Gebäude	Flächen des Bebauungsplans
best. Straßen	Flächen des Bebauungsplans
gepl. Straßen	Flächen des Bebauungsplans
best. Grundstücksgrenzen	Flächen des Bebauungsplans
gepl. Grundstücksgrenzen	Flächen des Bebauungsplans
Straßenbegrenzungslinie	Flächen des Bebauungsplans
Baugrenze	Flächen des Bebauungsplans
Entwässerungsrichtung	Flächen des Bebauungsplans
Wasserleitung	Flächen des Bebauungsplans
überbaubare Grundstücksfläche	Flächen des Bebauungsplans
nicht überbaubare Grundstücksfläche	Flächen des Bebauungsplans
Vorgarten	Flächen des Bebauungsplans
Freizeitanlage	Flächen des Bebauungsplans
Kinderspielplatz	Flächen des Bebauungsplans
Bautiefe	Flächen des Bebauungsplans

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BauG ausgelegt von 12.6.1973 bis zum 12.7.1973. Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BauG als Satzung vom Gemeinderat am 14.9.1973 beschlossen.

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BauG genehmigt. Saarbrücken, den 14.9.1973. Der Minister des Innern, Oberste Landesbaubehörde, Saarland.

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BauG wurde am 14.9.1973 öffentlich bekanntgemacht.

Der Bürgermeister, Schwarzenholz, den 14.9.1973.

Der Bürgermeister, Schwarzenholz, den 14.9.1973.

* Zulässig sind:
1. Wohngebäude
2. Die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störenden Handwerksbetriebe
3. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke

BEBAUUNGSPLAN
STEINHÜBEL 3. BAUABSCHNITT
1 : 500
Theobald